

# Eidgenössisches Oberbauinspektorat: Auszug aus dem Jahresbericht 1942

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **121/122 (1943)**

Heft 14

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-53182>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nahme von 8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Abwesenheit vieler Studierender im Militärdienst wird immer mehr durch die Teuerung kompensiert, die Viele veranlasst, dem Studentenheim mit seiner preiswerten Ernährung den Vorzug vor andern Gaststätten zu geben. Die Veränderungen der Semesterfrequenzen in den beiden letzten Jahren spiegeln die Tendenz unserer Hochschulen, das Wintersemester auf Kosten des Sommersemesters zu entlasten, um Heizmaterial einzusparen.

Dank der umsichtigen Wirtschaftsführung durch den Schweizer Verband Volksdienst und im besondern dank der grossen Vorräte, die in den Vorjahren angelegt wurden, konnten die auf das Wintersemester 1941/42 neu festgesetzten Preise beibehalten und mussten auf das Sommersemester 1943 noch nicht erhöht werden. Darin liegt, neben der Zunahme der Zahl der Studierenden an der E. T. H. und an der Universität Zürich, wohl der Hauptgrund für die allgemeine Frequenzsteigerung gegenüber dem Vorjahr. Nur die Preise für die Getränke mussten auf Beginn des Wintersemesters 1942/43 um 5 Rp. pro Glas oder Tasse erhöht werden.

Der Anteil der à la carte Menus an der Gesamtkonsumation zeigt einen leichten Rückgang, hingegen verzeichnet das Menu zu Fr. 1,50 eine beträchtliche Zunahme auf Kosten der Tagesplatte. Der Grund dafür liegt wohl darin, dass der Studierende heute gezwungen ist, seine Ernährung fast ausschliesslich aus den Hauptmahlzeiten zu bestreiten, weil ihm für regelmässige Zwischenmahlzeiten die Coupons fehlen. Deshalb wählt er für die Hauptmahlzeiten das reichere Menu zu Fr. 1,50. Die gleiche Verschiebung ist auch im Frequenzverhältnis innerhalb der beiden Tagesplatten von 90 Rp. und Fr. 1,10 festzustellen. Für diese Interpretation der Zahlenverhältnisse spricht auch der Rückgang in der Frequenz des Café.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1942/43 ist sehr erfreulich, indem der Rohgewinn von 34 000 Fr. nahe an den bisher höchsten Gewinn des Jahres 1932/33 heranreicht und diesen, in Prozenten der Gesamteinnahmen berechnet, sogar übertrifft. Der Grund für dieses günstige Ergebnis liegt hauptsächlich darin, dass der einzelne Gast bedeutend mehr konsumierte. Trotz der Zunahme der Personalkosten ist der prozentuale Anteil dieser Aufwendungen an den Gesamtausgaben weiter gesunken, weil die Gesamtausgaben, besonders wegen der erhöhten Lebensmittelpreise, in viel grösserem Verhältnis zugenommen haben.

Die Ausgaben für Gebäudeunterhalt sind grösser als in den Vorjahren, weil das sog. neue Café während der Frühjahrsferien 1943 vollständig renoviert werden musste, denn es ergab sich, dass die Heisswasserleitungen wegen des schlechten Isolationsmaterials, das s. Z. verwendet worden war, völlig defekt waren; die Erstellerfirma nahm einen Teil der Reparaturkosten auf sich. Aus Anlass dieser Zentralheizungsreparatur wurde das ganze neue Café renoviert, neu gestrichen und gleichzeitig wurden die Verdunkelungs- und die andern Vorhänge ersetzt. Weitere grosse Kosten verursachte der Einbau einer neuen Ventilationsanlage für die Küche.

Die Räume, die studentischen Organisationen und Vereinen zu Sitzungen und Versammlungen im Studentenheim zur Verfügung gestellt werden, waren wieder sehr stark beansprucht. Auch dieses Jahr wieder hat die Zahl der im Studentenheim abgehaltenen Arbeitszusammenkünfte (Seminarien, Kolloquien usw.) am meisten zugenommen. Im Gesamten wurden im Studentenheim im Berichtjahr 503 Veranstaltungen abgehalten gegenüber 429 im Vorjahr und 371 im letzten Jahr vor dem Krieg.

## Eidgenössisches Oberbauinspektorat

### Auszug aus dem Jahresbericht 1942

Ausbau der Alpenstrassen gemäss Bundesbeschlüssen vom 4. April 1935 und 6. April 1939. Für das erste Ausbauprogramm 1936 bis 1943 im Kostenvorschlag von 81 Mio Fr. wurde durch Beschluss vom 26. Februar 1937 ein Kredit von 53 Mio Fr. zur Verfügung gestellt. Bis 31. Dezember 1942 wurden den Kantonen Subventionen im Betrag von 42,9 Mio Fr. ausgerichtet. Diese Summe entspricht einem Aufwand an wirklichen Baukosten von 64,7 Mio Fr. Der im Jahre 1942 zur Verfügung stehende Kredit von 7 Mio Fr. wurde von den Kantonen nur bis zum Betrag von Fr. 6 389 599,70 beansprucht. Die nicht verwendete Summe wird dem «Fonds für die Alpenstrassen» zur Bestreitung der Ausgaben in den folgenden Jahren überwiesen; damit erreicht dieser Fonds eine Höhe von 3 Mio Fr. — Die Umbauarbeiten auf der Oberalpbahn auf elektrischen Betrieb und der Ausbau der Oberalpstrasse längs des Oberalpsees sind im Berichtjahr, abgesehen von der Frage des Strassenbelages, abgeschlossen worden. Infolge Verteuerung des Materials und der eingetretenen Lohnerhöhungen musste der

ursprünglich bewilligte Kredit von 8 auf 9,3 Mio Fr. erhöht werden.

Umbau des Seedammes Rapperswil. Die allgemeine Materialnotlage hinderte den Baufortschritt. Immerhin konnten die Pfeiler und Widerlager der neuen Südostbahnbrücken erstellt werden; die Fertigstellung der Brücken selbst hängt von der Eisenlieferung ab. Beim Durchstich in der Hurdener Landzunge konnte die Strassen- und Bahnbrücke dem Betrieb übergeben werden. Die Ausbaggerung des Schiffahrtskanals ist bis zum alten Südostbahngeleise vorgetrieben; die volle Öffnung des Kanals und die Wegräumung der Schiffahrthindernisse im Frauenwinkel dürfte im Sommer 1943 erfolgen, sodass dem Schiffsverkehr der neue Weg auf den Herbst 1943 zur Verfügung stehen wird. Die bewilligte Subvention von 1 Mio Fr. wurde bis Ende 1942 bis zur Hälfte beansprucht.

Benzinzollanteil. Der den Kantonen im Jahre 1942 zugekommene Anteil am Zollertragnis aus Benzin und Schwerölen für das Jahr 1941 betrug 1,8 (1940 5,7) Mio Fr. Im weitern wurden an einige Kantone gemäss Art. 3 des Bundesbeschlusses Ausgleichzuschläge im Totalbetrag von 250 000 Fr. überwiesen.

Ausbau der schweizerischen Hauptstrassen. Die im Geschäftsbericht über das Jahr 1941 (siehe Bd. 121, S. 23) erwähnte Fachkommission des Oberbauinspektorates hat ihre Arbeiten im Laufe des Jahres 1942 abgeschlossen und dem Departement des Innern ihren Bericht erstattet<sup>1)</sup>. Dieses Departement wird zu gegebener Zeit dem Bundesrat die zweckdienlichen Anträge unterbreiten. Die weitere Pflege unseres Hauptstrassennetzes ist im Interesse unserer nationalen Wirtschaft eine objektive Notwendigkeit; andererseits können Arbeiten strassenbaulicher Natur auch bei der heutigen Mangelwirtschaft in weitgehendem Masse Bestandteil eines allfälligen künftigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes bilden und sind daher von unmittelbarer Gegenwartsbedeutung. Die kantonalen Baudirektionen sind im Lauf des Berichtjahres vom Oberbauinspektorat über die Ergebnisse der Untersuchungen unterrichtet worden.

Oberaufsicht über die Wasserbaupolizei. Im Berichtjahr wurden im Einvernehmen mit den kantonalen technischen Organen zu flussbaulichen Kontrollzwecken die nachstehenden Aufnahmen durchgeführt: Thur im Kanton St. Gallen; Aufnahmen zwischen Schwarzenbach und Niederbüren, Sohlenaufnahmen bei Wattwil. Aare im Kanton Bern: Querprofilaufnahmen zwischen Uttigen und Bern. Trub und Zufüsse: Sohlenaufnahmen. Simme: Aufnahme des Schlenzstandes zwischen Oey und Wimmis. Reuss im Kanton Uri: Sohlenaufnahme zwischen Erstfeld und Attinghausen; von Attinghausen bis Vierwaldstättersee Wiederholung der früheren Aufnahmen. Rhone im Kanton Wallis: Durchgehende Wiederaufnahme des Rhonebettes von St-Maurice bis Genfersee.

Internat. Rheinregulierung Illmündung-Bodensee. Die von den Regierungen der Vertragsstaaten auf Grund der Sondervorlage der Gemeinsamen Rheinkommission für den Winter 1941/42 genehmigten Arbeiten zur Entlastung des Rheines von einem Teil seiner Geschiebeführung und zur möglichsten Tiefhaltung der Sohle an der Rheimmündung sind in der genannten Bauperiode schweizerischerseits in der Form von Baggerungen im oberen Diepoldsauer Durchstich und Erhöhung des dortigen rechtsufrigen Mittelgerinnewehres in Angriff genommen worden. Ihr Fortschritt litt unter dem während der Monate Januar und Februar 1942 nahezu ununterbrochen aufgetretenen scharfen Frost, der eine ebenso lange Einstellung der Arbeiten zwang. Die Fortsetzung der Arbeiten im Frühjahr vermochte den Rückstand nicht mehr voll aufzuholen; das Bauprogramm konnte daher nicht voll eingehalten werden. Deutscherseits konnten die an der Rheimmündung Hard-Fussach vorgesehenen Arbeiten infolge der Zeitumstände nicht in Angriff genommen werden.

Die eben berührten Verhältnisse verunmöglichten im Berichtjahr auch die Fertigstellung der den Regierungen der Vertragsstaaten durch die Gemeinsame Rheinkommission zu unterbreitenden Vorlage über ergänzende Massnahmen an der internationalen Rheinregulierung. Die schweizerische Delegation hat die Dringlichkeit der Fertigstellung dieser Vorlage wiederholt betont. Angesichts der geschilderten Sachlage sah sich die Gemeinsame Rheinkommission in Wahrnehmung ihrer Aufgabe der Betreuung des Regulierungswerkes veranlasst, auch im Berichtjahr den Regierungen eine Sondervorlage für Arbeiten zur Entlastung des Rheines im Winter 1942/43 zu unterbreiten. Diese Vorlage hat die schweizerische Genehmigung am 18., die deutsche am 30. September 1942 erhalten. Beide Regierungen haben, wie bei den früheren Sondervorlagen, ihre Zustimmung mit dem Vorbehalt verbunden, dass die Finanzierung endgültig auf Grund der zwischenstaatlichen Vereinbarungen betreffend die kommende Gesamtvorlage über abhilfliche Massnahmen geregelt

<sup>1)</sup> Vgl. Lit. S. 36 ffd. Eds. Eingehende Besprechung folgt. Red.

werde. Die Arbeiten schliesslich schweizerischerseits wiederum Baggerungen im oberen Diepoldsauer Durchstich mit Fortsetzung der rechtsufrigen Mittelgerinnewahrerhöhung bzw. Verbringung überschüssigen Baggermaterials in Ablagerungsplätze, auf deutschem Gebiet die bereits im Vorjahr vorgesehenen, im Geschäftsbericht 1941 erwähnten Massnahmen im Mündungsgebiet des Rheines in sich. Die schweizerische Bauleitung hat die ihr zufallenden Arbeiten programmgemäss im Herbst 1942 in Angriff genommen.

Die seit der Vereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich in der Schwebe gebliebenen Teilfragen finanzieller Natur, die von den bisher ausgeführten gemeinsamen Werken herrühren, werden erst anlässlich der zwischenstaatlichen Verhandlungen über die oben erwähnte Gesamtvorlage und deren Finanzierung ihrer Lösung zugeführt werden können.

Beiträge an Korrekturen und Verbauungen. Durch Bundesbeschluss wurde an die Korrektur der Oesch in den Gemeinden Subingen, Deitingen (Kanton Solothurn) und Wangen (Kanton Bern) ein Beitrag von 351 000 Fr., d. h. 30 % der Voranschlagssumme, bewilligt. Der Bundesrat bewilligte an 93 Objekte Beiträge von insgesamt 4,6 (1941 3,7) Mio Fr.; der mittlere Beitragsatz beläuft sich auf 29 %. Von der für Gewässerverbauungen und Flusskorrekturen im Voranschlag 1942 eingesetzten Summe von 4½ Mio Fr. wurden infolge der heutigen Zeitumstände von den Kantonen nur 3,7 Mio Fr. angefordert.

Linthwerk. Das Berichtjahr weist im wesentlichen folgende Unterhaltarbeiten auf: Escherkanal: Die Ersetzung der Uferverkleidung des Kanals unterhalb der Gäsibrücke wurde fortgeführt; es sind 120 m neue Pflasterung erstellt worden. Ausserdem wurden Sohlensicherungen eingebaut. Linthkanal: Die Arbeiten am Linthkanal beschränkten sich auf dringliche Ausbesserung von Pflasterungen und die Regulierung der linksseitigen Dammstrasse beim Henkelgiessen. Unterhalb der Bahnbrücke nach Bilten sackte die Böschung ein. Der Schaden wurde durch Steinschüttung und Rasenabdeckung behoben.

## Verein Schweiz. Maschinenindustrieller (V.S.M.)

Aus dem 59. Tätigkeitsbericht über das Jahr 1942 kann wiederum auf einen beträchtlichen Zuwachs des V.S.M. geschlossen werden, was sicher nicht nur mit dem kriegsbedingten guten Geschäftsgang, sondern auch mit dem Umstand zusammenhängt, dass die Organe des Vereines die Interessen der Mitglieder in allen Fragen der Handelspolitik, des Clearingverkehrs, der Verzollung, der Ein- und Ausfuhrkontingentierung, des Kompensationsverkehrs und allgemeiner Export- und Wirtschaftsfragen wahrnimmt, sei es durch Sitz in einschlägigen Kommissionen oder durch Unterhandlung mit diesen. Als Geschäftsstelle im Verkehr mit allen Kriegswirtschaftsämtern hat das Sekretariat eine gewaltige Arbeitslast von den Mitgliedern auf sich konzentriert und als Kontingentverwaltungsstelle ist seine Stellung als Treuhänder zwischen Behörden und Maschinenindustrie offiziell anerkannt.

Das Berichtjahr war in verschärftem Masse durch Verknappung der Roh- und Hilfsstoffe für die Industrie gekennzeichnet und nur der Vorrathaltung, der Umstellung auf Ersatzstoffe, den Bemühungen der kriegswirtschaftlichen Organe und unserer Unterhändler für Handelsverträge ist der allgemein gute Beschäftigungsgrad unserer Industrie zu verdanken.

Auf dem Gebiet des Eisens hat sich zwar der Eingang aus weit zurückliegenden Bestellungen etwas gebessert, aber Neubestellungen konnten nur noch spärlich angebracht werden, sodass für 1943 eine weitere Verschlechterung zu erwarten ist. Das Einbringen von Material innerhalb des sog. Kontrollnummer-Kontingentes, d. h. für Lieferungen mit zugestandenem Materialersatz war etwas einfacher, aber der Kreis der hierbei in Frage kommenden Erzeugnisse wird immer enger; so sind z. B. Textilmaschinen daraus gestrichen worden. Aus der Schrottsammlung kann jährlich eine ansehnliche Menge Eisen gewonnen werden, ihr gegenüber fällt die aus Verhüttung unserer Eisenerze gewonnene Menge stark zurück.

Auf dem Gebiete der Nichteisenmetalle stellt die Kupferversorgung den wunden Punkt dar, und die Umstellung auf Ersatzmaterialien ist nur in beschränktem Masse möglich, wenn die Qualität der Erzeugnisse nicht ungenügend werden soll. Reduktionen der Kohlenzuteilung infolge verminderter Einfuhren lassen vor allem einen Produktionsrückgang der Walzwerke und Giessereien befürchten. Herabsetzung der Qualitätsansprüche, einschneidende Sparmassnahmen und Wiedergewinnung von Alt- und deren Regenerierung ermöglichten es, mit den beschränkten Schmiermittelvorräten noch auszukommen.

Bei der Materialzuteilung für den Export spielen zahlreiche

Fragen mit, wie z. B. Lieferungsmöglichkeit von Ersatzmaterial durch das Abnehmerland, seine Bereitschaft zu besondern Konzessionen, Wirkungen besonderer Konzessionen unsererseits auf das Verhalten dritter Länder, Lage der Vorrathaltung und Arbeitsintensität des Erzeugnisses.

Von den Steuerfragen sind es wiederum die Warenumsatzsteuer und die Kriegsgewinnsteuer, die den Verein besonders beschäftigten, jene weil die Ermittlung der Steuer für den Eigenverbrauch und die Differenzierung für Engros- und Detaillieferungen Schwierigkeiten bereiten, und diese weil sich die Industrie für die Reservenbildung im Hinblick auf die zu erwartenden Schwierigkeiten der Nachkriegszeit wehrt. Die segensreiche Auswirkung der Exportrisikogarantie des Bundes wird abermals hervorgehoben unter Hinweis auf die geringe Belastung, die dem Bund daraus erwachsen ist.

Die zurückhaltende Praxis der Schweiz. Verrechnungsstelle in Sachen Anerkennung von Anzahlung im Clearing wird von den Exportfirmen kaum verstanden, machten doch die Investitionsrisiken in der Maschinenindustrie stets Anzahlungen notwendig. Gegen die Erhebung von Exportabgaben im Verkehr mit gewissen Ländern ist grundsätzlich nichts einzuwenden, weil sie zur Niedrighaltung der Einstandspreise anderer Güter notwendig sind, doch wird mit Nachdruck auf die heikeln Konsequenzen in der Nachkriegszeit hingewiesen, da die Exportindustrie wieder einen schweren Konkurrenzkampf zu bestehen hat.

Die Schwierigkeiten im Waren- und Zahlungsverkehr mit den verschiedensten Ländern sind unbegrenzt und machen immer neue Unterhandlungen notwendig; umso mehr darf hervorgehoben werden, dass wir mit Schweden als Ausnahmefall in freiem Zahlungsverkehr stehen. Beide Staaten bemühen sich entgegenkommender Handhabung der Ausfuhrbewilligungen.

In Fragen der Preiskontrolle im Inlandverkehr kämpft der V.S.M. für die Anerkennung von Gleitpreisen (oder Kletterpreisen?) für sehr grosse Lieferungen mit langen Lieferfristen, sowie die Erhöhung der zugestandenen Preiszuschläge mit Rücksicht auf die vermehrten Gesteigungskosten.

Als wirksamste Massnahme der Arbeitsbeschaffung erachtet der V.S.M. die Exportförderung und er tritt darum für die Heranbildung und Anstellung von handelspolitisch genügend geschultem Personal bei unseren Gesandtschaften usw. ein, sowie für Kreditgewährung an ausländische Abnehmer, für den weiteren Ausbau der Exportrisikogarantie, gemeinsame Vertretungen der Exportfirmen im Ausland, Erneuerung und Anpassung des Produktionsapparates an die gesteigerten Anforderungen und Förderung der technischen Forschung und Entwicklung.

Zahlreichen Berichten über befriedigende bis sehr gute Beschäftigung aus den verschiedensten Industriekreisen stehen auch einige Klagen über ungenügenden bis schlechten Geschäftsgang gegenüber, so aus der Industrie für Kabel und isolierte Drähte, Fahrräder, Aluminiumfolien und -Waren, Zentralheizungsartikel und Eisenkonstruktionen. Rohstoff- und Materialverknappung sind direkt oder indirekt die Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinungen.

E. H.

## Standardisierung im Schwedischen Bauwesen

Von Arch. E. ZIETZSCHMANN, Davos

Schon seit vielen Jahren werden in den von der Stadt Stockholm auf ihrem Grund und Boden erstellten Miethäusern Treppen, Haustüren und vor allem *Kücheneinrichtungen* normalisiert. Diese letzten gelangen durchwegs fertig zusammengebaut und gestrichen in den Bau. Nach den selben Gesichtspunkten arbeiten viele Baufirmen bei ihren Miethausbauten. Vom schwedischen Architektenverband ist ein Buch «Die Küche» herausgegeben worden, das für diese Normalisierungen richtungweisend und grundlegend ist. Es befasst sich mit der Küche und der Ökonomieabteilung in kleineren Wohnungen. In seinem Aufbau zeigt es den Weg, den alle Normalisierung gehen muss: vom Bedürfnis und der Enquête unter den Benützern zur Modellanlage und zur Typenwahl. Dabei spielen zwei Interessentengruppen eine Rolle: Hausfrau und Hersteller. Der Architekt steht als Vermittler zwischen beiden und führt die Wünsche der einen Gruppe zusammen mit den Bedingungen der anderen zu einem Ergebnis. Verschiedene Möglichkeiten werden in natürlicher Grösse im Modell ausprobiert. Gerade dieser Teil der Entwicklungsarbeit ist von grösster Wichtigkeit. Keine Industrie bringt irgendeinen neuen Artikel heraus ohne vorherige Anfertigung einer Reihe von Modellen; ebenso muss also für die Entwicklung eines guten Baustandards mit dem Modell in natürlicher Grösse gerechnet werden. Dabei kann und soll die Ausführung von Wänden, Decken usw. provisorisch sein, um jederzeit leicht ändern und umstellen zu können.